

EDITORIAL

Am 6. Januar dieses Jahres passierte etwas bis dahin Unvorstellbares. Durch den amtierenden Präsidenten Donald Trump angestachelte und aufgepeitschte Anhänger:innen stürmten das Kapitol, um die Bestätigung der ordnungsgemäßen Wahl von Joe Biden durch den Kongress und den damit eingeleiteten Machtwechsel zu verhindern. Etwas Vergleichbares war in der 245-jährigen Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika bisher nicht vorgekommen. Die westliche Welt schaut fassungslos und erschüttert auf dieses Ereignis, von dem man nur erahnen kann, welche weitreichenden Auswirkungen es mittel- und langfristig auf die Demokratie in den USA und in der ganzen Welt haben wird. Wer am Ende des 20. Jahrhunderts noch glaubte, das „Zeitalter der Extreme“ (*Eric Hobsbawm*) sei vorbei und das „Ende der Geschichte“ erreicht (*Francis Fukuyama*), weil sich das Ordnungskonzept der liberalen Demokratie und der Marktwirtschaft endgültig durchgesetzt habe, wird immer eindrucklicher eines Besseren belehrt. Wir erleben zurzeit nicht nur weltweit eine „Renaissance des Autoritarismus“ (*André Bank*). Für manche ist das „Licht“ der westlichen Demokratie sogar bereits „erloschen“ (*Ivan Krastev/Stephen Holmes*). Wie konnte es dazu kommen und was ist passiert? Diese Fragen lassen sich in einem Editorial selbstverständlich nicht beantworten. Zwei Beobachtungen möchte ich aber mit den geneigten Leserinnen und Lesern teilen, auch wenn sie den Blick auf das Neue Jahr etwas trüben.

Seit Anfang des 21. Jahrhunderts mehren sich Ereignisse, die für fast alle Menschen der Nachkriegsgenerationen in Deutschland, aber auch in vielen anderen westlichen Staaten völlig außerhalb der bisherigen Vorstellungswelten lagen und liegen: Am 11. September 2001 wird durch einen präzise geplanten terroristischen Angriff islamistischer Extremisten eines der bekanntesten Wahrzeichen der „freien Welt“, das World Trade Center in New York, zerstört und das Pentagon in Washington D.C. schwer beschädigt; fast 3000 Menschen sterben. Im Jahre 2007 platzt eine Immobilienblase in den USA und führt innerhalb von wenigen Wochen zur wahrscheinlich größten globalen Finanz- und Bankenkrise der Neuzeit. Höhepunkt ist der Zusammenbruch der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers am 15. September 2008. Seit der europäischen Staatsschuldenkrise (ab 2010) überflutet die Europäische Zentralbank durch den Ankauf von Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt den europäischen Finanzmarkt mit Unmengen von Geld und versucht die Banken gleichzeitig durch eine konsequente Niedrigzinspolitik ebenfalls in diese Richtung zu bewegen, so dass im Jahre 2014 erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Privatkunden Negativzinsen auf ihre Anlagen zahlen müssen. Gleichzeitig steigen die Gewinne auf den Aktienmärkten und bei Im-

mobiliengeschäften in bisher nie gekannte Höhen. Jeweils nach der Wahl rechtspopulistischer Parteien entmachten die zwei wirtschaftlich und politisch prosperierenden EU-Mitgliedstaaten Ungarn (ab 2010) und Polen (ab 2015) in wenigen Monaten ihre Verfassungsgerichte und demontieren die rechtsstaatlichen Strukturen ihrer Länder. Am 23. Juni 2016 entscheidet die Mehrheit der britischen Bevölkerung, die EU zu verlassen; am 31. 1. 2020 wird der Austritt nach überaus zähen Verhandlungen über die Austrittsbedingungen und die weiteren Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich vollzogen. Auf einer Parteiveranstaltung bezeichnet der Vorsitzende und Fraktionsvorsitzende der stärksten Oppositionspartei im deutschen Bundestag „Hitler und die Nazis“ als einen „Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“ (2018). Die Corona-Pandemie, die weltweit bereits zu über 100 Millionen Infizierten und über 2 Millionen Toten geführt hat, veranlasst viele Länder – darunter die Bundesrepublik – zu weitreichenden Einschränkungen der Grundrechte. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg wird u. a. eine nächtliche Ausgangssperre für alle Bürgerinnen und Bürger verhängt (2020). Bei Gegner:innen der Maßnahmen verbreiten sich Verschwörungserzählungen, die bei einigen Beteiligten sogar eine Stimmung zum Aufruhr erzeugen. Die Welt scheint aus den Fugen geraten!

Was uns noch mehr als die eigentlichen Geschehnisse irritieren muss, ist der Umstand, dass es für nahezu alle genannten Ereignisse im Vorfeld mehr oder weniger deutliche Anzeichen gab. Zur Begründung dieser weitreichenden These müsste ich jetzt länger ausholen, ein Blick in die einschlägigen Wikipedia-Artikel reicht aber schon, um jeweils einen ersten Eindruck von der damaligen Lage (ex ante) und der nachträglichen Diskussion (ex post) zu bekommen. Gehen wir pars pro toto etwas näher ein auf das eingangs beschriebene Drama am Kapitol: Es beginnt nicht mit dem von den in politischen Ämtern befindlichen Republikaner:innen öffentlich unkommentierten Aufruf des amtierenden Präsidenten an seine Anhänger, zum Kapitol zu ziehen. Es beginnt nicht mit der nach der Wahl am 3. November 2020 von den in politischen Ämtern befindlichen Republikaner:innen öffentlich nicht widersprochenen dreisten Lüge vom Wahlbetrug des amtierenden Präsidenten. Es beginnt auch nicht mit der Wahl von Donald Trump am 3. November 2016. Vielmehr beginnt es spätestens – da sind sich fast alle politischen Kommentator:innen und Wissenschaftler:innen einig – mit dem Aufstieg der Tea-Party-Bewegung, der eine Zuspitzung der Gegnerschaft zwischen den Konservativen und den Demokraten hin zu einem Freund-Feind-Schema zur Folge hat. Die Saat für diese Radikalisierung wurde früh gesät. Viel spricht dafür, dass die jahrzehntelange Vernachlässigung der öffentlichen Infrastrukturen und der Bildung der Bevölkerung außerhalb der Ballungsräume zumindest mitursächlich für die skizzierte Entwicklung ist und es die etablierten Parteien u. a. versäumt haben, sich rechtzeitig um die weiße untere Mittelschicht und ihre Abstiegsängste zu kümmern.

Offenbar gelingt es der Politik in vielen Ländern der westlichen Demokratie immer weniger, die Anzeichen richtig zu deuten, ernst zu nehmen und ent-

sprechende Gegenstrategien zu entwickeln. Das kann viele Gründe haben und jeder sollte sich davor hüten, im Nachhinein wohlfeile Vorwürfe zu erheben. Eines sollten wir aber versuchen auszuschließen: Dass wir aus Überheblichkeit, aus fehlendem Mut oder aus Bequemlichkeit, die Zeichen der Zeit nicht sehen wollen. Die Entwicklung der Europäischen Union könnte insofern eine weitere Probe sein.

Es fehlt nicht an Anzeichen, dass es so wie bisher nicht weiter geht. Ungarn, Polen, die EZB und der Brexit wurden bereits erwähnt. Die Liste der Problempunkte und Herausforderungen ließe sich leicht weiter verlängern. Kurz öffnete sich in der Europäischen Union das Fenster zu einer offenen Diskussion mit dem Weißbuch der Europäischen Kommission zur Zukunft Europas (2017), jetzt dominieren wieder die altbekannten Parolen. Als wäre nichts geschehen. Bis etwas Unvorstellbares passiert.

Andreas Voßkuhle

DOI <https://doi.org/10.3790/staa.59.4.485>

Generated at 18.219.83.72 on 2025-03-31 21:49:25

FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH